



Niederschrift 19. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.06.2016
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:28 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	bis 17:30 Uhr
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	ab 17:10 Uhr
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:35 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	ab 16:45 Uhr
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Herr Maximilian Koppe	Jugendvertretung	
Frau Madleen Bernhardt	Stadtsportbund	
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Claudia Debring	Kreiselternerat	nicht entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Doina Sarsaman	Kreisschülerrat	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f. Chancengleichh./Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	entschuldigt
---------------------------------	---------------------------------	--------------

Gäste:

Frau Antje Stein	Medienwerkstatt Potsdam
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Frau Mara Lehmann	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Anita Figiel	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schrifführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.05.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung
- 5 Vorstellung des Konzeptes der Medienwerkstatt
- 6 Resolution zur Kita-Finanzierung
- 7 Vorstellung der Erhebung "Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf an Potsdamer Kitas"

- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte
Vorlage: 16/SVV/0218
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 8.2 Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 16/SVV/0346
Fraktion CDU/ANW
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.05.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 26.05.2016:

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es noch keine Antwort des Landes zur Richtlinie Entgelte gibt und diese daher am 14.07. auf der Tagesordnung steht. Er stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Herr Tölke teilt mit, dass Frau Mara Lehmann seit dem 01.06.2016 als Kinderschutzkoordinatorin die Vertretung für Frau Kronemann übernommen hat. Frau Lehmann stellt sich dem Ausschuss vor. Sie informiert, dass sie bisher als Erzieherin tätig war und seit dem 01.06.2016 die Vertretung für die Kinderschutzkoordinatorin übernommen hat.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass mit heutigem Datum in der Landeshauptstadt Potsdam insgesamt **108** unbegleitete minderjährige Ausländer in Zuständigkeit des Jugendamtes untergebracht sind. In der Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung Heinrich-Mann-Allee sind mit heutigem Stand **33** männliche umA untergebracht. Zwei weitere Mädchen und ein Junge sind in der Clearingstelle Alma des Diakonischen Werks Oderland-Spree in Fürstenwalde untergebracht. **72** unbegleitete minderjährige Ausländer befinden sich in Anschlusshilfen innerhalb der LHP.

Die Beschulung während der Clearingphase erfolgt weiterhin in Form eines Deutschkurses in Verantwortung der GFB inzwischen in Räumlichkeiten der Fachhochschule Potsdam sowie im Treffpunkt Freizeit. Die weitere Beschulung in Willkommensklassen konnte inzwischen sichergestellt werden.

Darüber hinaus werden durch die Arbeitsgruppe „Unbegleitete minderjährige Ausländer“ **17** unbegleitete minderjährige Ausländer betreut, die sich gemeinsam mit Verwandten aber ohne die sorgeberechtigten Eltern vorrangig in den Übergangseinrichtungen aufhalten.

Aktuell liegen seitens des MBSJ weder Zuwendungsbescheide noch mündliche Anfragen hinsichtlich Platzkapazitäten vor.

Die zuletzt geschaffenen neuen stationären Plätze in Nachfolgeeinrichtungen befinden sich in Trägerschaft der JH Geltow. Ein weiteres Gruppenangebot in Trägerschaft des EJJ konnte aufgrund fehlender Voraussetzungen zur Inbetriebnahme durch die Bauaufsichtsbehörde noch nicht freigegeben werden. Hier ist der FB Kinder, Jugend und Familie gemeinsam mit dem MBSJ, dem Träger sowie dem Bauamt in enger Abstimmung.

Die Aufnahmequote der LHP liegt nach Auskunft des MBSJ bei 6,67% aller dem Land Brandenburg zugewiesenen umA. Das MBSJ geht insgesamt noch immer von 139 umA aus, die die LHP im laufenden Jahr aufzunehmen hat.

Herr Tölke berichtet, dass am 14.04.2016 die Abschlussveranstaltung für das Projekt Kita-ZOOM stattgefunden hat. Es gab eine Verständigung dazu, dass der Dialog mit allen Beteiligten weitergeführt werden soll. Die Federführung muss noch abgestimmt werden.

Frau Dr. Müller fragt, ob das Vorhaben konkretisiert ist z.B. über Schwerpunkte, Zeitpunkte und Vorhaben.

Herr Tölke teilt mit, dass er sich diesbezüglich an das MBSJ gewandt hat, aber bisher die Antwort noch aussteht.

Herr Tölke informiert über die Sanierungsmaßnahmen im „Ribbeck Eck“. Nach einer Kostenschätzung des Kommunalen Immobilien Service (KIS) werden für eine Sanierung der Einrichtung 1,2 Mio. EUR benötigt. Daraufhin gab es im März 2016 eine Verständigung zwischen dem KIS dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und dem Träger der Einrichtung, dass kurzfristig eine Sanierung der Fenster erfolgt, um dann abzuwarten, ob ggf. die Nutzung der Biosphäre für den Jugendklub möglich ist.

Die Fenster müssen aufgrund des Denkmalschutzes unter denkmalpflegerischen Aspekten aufgearbeitet werden. Ein Austausch der Fenster ist aus dem genannten Grund nicht möglich. Die Maßnahme ist mit 150.000 EUR abgegolten.

Herr Liebe teilt mit, dass es eine Stellungnahme im Rahmen der Trägerberatung zur heutigen Sitzung gibt. Er macht deutlich, dass dies nicht akzeptabel ist. Die Investitionen sollten auch zu besseren Arbeitsbedingungen führen. Er weist darauf hin, dass die Heizung der Einrichtung durch Heißluftöfen erfolgt. Auch die Toiletten in der Einrichtung entsprechen nicht den Standards.

Herr Liebe betont, dass die Aktivitäten zur Unterstützung des Trägers ausgeweitet werden müssen. Er mahnt an, dass ein ordentliches Protokoll über die Beratung mit dem KIS erstellt und dem Träger zugesandt wird und bittet die Verwaltung, den Träger zu unterstützen.

Herr Tölke betont, dass die Verwaltung den Jugendklub unterstützt.

Herr Otto macht deutlich, dass aus seiner Sicht das Handeln der Verwaltung/des KIS sehr undurchsichtig ist. Er bemängelt auch, dass es offensichtlich keine Protokolle zu den Beratungen gibt.

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass der Zeitraum, in dem über das „Ribbeck Eck“ gesprochen wird, sehr groß ist und sich bereits über mehrere Jahre zieht. Sie fragt, wie lange die Einrichtung mit den sanierten Fenstern und der Offenheizung betrieben werden soll.

Herr Karl weist darauf hin, dass die Mitarbeiter jetzt viele Jahre warten, dass eine Lösung gefunden wird.

Herr Liebe schlägt vor, Mittel für die Sanierung des „Ribbeck Ecks“ zur Verfügung zu stellen. Er bittet, nicht die Betonfläche am Freiland, die für die Leichtbauhallen gegossen wurde, abzureißen. Die dafür benötigten für 100.000 EUR sollten stattdessen für eine Heizung und ordentliche Toilette im Ribbeck Eck“ investiert werden.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung noch nicht das Endergebnis des 2. Aktionsplanes Sucht vorgestellt wurde, sondern lediglich der Arbeitsstand, dessen Maßnahmen noch nicht priorisiert sind.

Herr Kolesnyk informiert, dass er sich mit Herrn Dr. Andersen zur Aufnahme des im Jugendhilfeausschuss besprochenen Punktes in das Leitbild verständigt hat. Die nächste Sitzung des Lenkungsgremiums findet am 27.06.2016 statt. Am 29.06.2016 erfolgt die Verständigung im Hauptausschuss. Er sagt zu, dass Leitbild dann allen JHA-Mitgliedern zur Kenntnis zu geben.

zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** am 14.06.2016. Der Unterausschuss hat sich intensiv mit dem Thema „Neue Herausforderungen in der Jugendhilfe der LHP“ befasst. Ein weiteres Thema war die Kita-Resolution, die als gesonderter Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung besprochen wird.

Frau Frenkler berichtet, dass die **AG Kita** am 07.06.2016 getagt hat. Die AG hat sich mit den Themen Fachkräftegewinnung, Situation Kita-Plätze, Elternbeiträge und der Kita-Resolution befasst. Sie informiert, dass der Landtag beschlossen hat, sich mit der Thematik Elternbeiträge zu befassen. Dies wird durch die AG sehr begrüßt.

Die Regionale Jugendhilfe AG 2 hat das Netzwerk „Ausbilden für die Zukunft“ vorgestellt.

Der schriftliche Bericht ist bereits zur heutigen Sitzung in die Aktenmappe im Ratsinformationssystem eingestellt und kann dann über die Niederschrift zum Tagesordnungspunkt abgerufen werden.

Frau Dr. Müller spricht die derzeit noch nicht mit einem Kita-Platz versorgten 8 Kinder an. Sie fragt, ob es einen Überblick über den realen Bedarf und die Versorgung gibt, z.B. wenn ein Kita-Platz zum neuen Kita-Jahr in Aussicht gestellt ist, das Kind aber aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern bereits vorher betreut werden muss.

Frau Elsaßer erklärt, dass dazu keine Aussage getroffen werden kann. Sie betont, dass die Eltern wissen, dass sie sich an den Kita-Tipp wenden können und hier auch gute Lösungen gefunden werden. Dies sollte im Zusammenhang mit der neuen Bedarfsplanung beleuchtet werden. Die Zahl derjenigen, die überbrücken müssen, ist nicht bekannt.

Frau Frenkler betont, dass genau aus diesem Grund der Kita-Navigator eingerichtet werden soll. Bisher gibt es dazu keinen Überblick in der Stadt.

Herr Liebe fragt, ob die zurzeit nicht versorgten Kinder eine Betreuung für 6 Stunden benötigen, weil ein Elternteil zu Hause ist. Oder ob es Kinder sind, deren Eltern berufstätig sind.

Frau Elsaßer erklärt, dass es diesen Überblick gibt, da die Verwaltung in enger Kommunikation mit den Eltern ist.

Herr Ströber berichtet, dass in der letzten Sitzung der **AG Hilfen zur Erziehung** die neue Qualitätsmanagerin für Hilfen zur Erziehung begrüßt wurde. Es gab bereits einen inhaltlichen Austausch.

Er informiert, dass zum Erziehungshilfetag in Cottbus sich öffentlicher und freie Träger gemeinsam präsentieren werden. Herr Ströber erinnert daran, dass in der Sitzung des JHA am 26.05.2016 verabredet wurde, dass der ausstehende Termin zur Fachleistungsstunde für insoweit erfahrene Fachkräfte zeitnah nachgeholt werden sollte. Dieser Termin findet nun am 28.06.2016 statt.

Frau Schmidt-Fuchs teilt mit, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 2** am 06.07.2016 wieder tagt.

Herr Harder erinnert daran, dass am 29.06.2016 im Treffpunkt Freizeit ein World Café zu Visionen der Jugendarbeit stattfindet.

zu 4 Bericht der Jugendvertretung

Die Jugendvertretung hat keine Informationen für den Jugendhilfeausschuss.

zu 5 Vorstellung des Konzeptes der Medienwerkstatt

Frau Parthum stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Konzept der Medienwerkstatt vor. Sie weist darauf hin, dass sich der Standort der Medienwerkstatt am Schlaatz befindet, die Arbeit aber stadtweit erfolgt. Eingangs geht sie auf die Ausgangslage sowie die Rahmenbedingungen ein und stellt anschließend Ziele und Zielgruppen vor. Hierbei verweist Frau Parthum auf den gesetzlichen Auftrag. Sie stellt die Angebote vor und weist hierbei insbesondere auf die auf die Kurse und Workshops, die durchgeführt werden, hin.

Abschließend geht Frau Parthum auf die Herausforderungen ein und macht dabei auf den Zuwachs von 3.092 Potsdamern aufmerksam. Sie weist darauf hin, dass mit dem vorhandenen Personal der Aufwuchs nicht in der bisherigen Qualität zu bewältigen ist. Um die Qualität der Arbeit sicherzustellen, wäre Einrichtung von zusätzlichen 1,5 Stellen erforderlich. Wünschenswert wäre die Einrichtung von mindestens einer halben Stelle im Jahr 2017 sowie einer vollen Stelle im Jahr 2018. In diesem Zusammenhang verweist Frau Parthum auf die Ziele aus dem Jugendhilfeplan, die erfüllt werden sollen.

Herr Otto hält die Steigerung der Medienkompetenz für eine wichtige Aufgabe. Mit dem Hinweis auf die überregionale Tätigkeit schlägt er vor, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zu prüfen, wie dies gemeinsam ausgebaut werden kann. Ggf. muss eine neue Stellenbewertung gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark vorgenommen werden.

Herr Schmolke findet es wichtig, dass einen entsprechenden Beschluss zu formulieren.

Frau Dr. Müller betont, dass die Erweiterung der Personalstelle eine Feststellung ist, die schon über viele Jahre erfolgt. Dies ist auch fachlich solide begründet. Sie schlägt vor, die Forderung nach Personalaufwuchs in die Steuerungsgruppe für den Aktionsplan zur Qualifizierung zur kinderfreundlichen Kommune mitzunehmen.

Frau Frenkler lädt Frau Parthum in die AG Kita ein, um die Medienkompetenz von Kita-Kindern zu thematisieren.

zu 6 Resolution zur Kita-Finanzierung

Frau Frenkler weist darauf hin, dass die Resolution allen JHA-Mitgliedern zusammen mit den Sitzungsunterlagen zugegangen ist. Sie geht zunächst auf die Forderungen ein und erläutert diese. Sie betont, dass es normative Vorgaben des Landes geben muss, um die Chancengleichheit für alle Kinder zu gewährleisten. Auch die Leistungstätigkeit muss mit Ressourcen ausgestattet werden. Sie macht auch deutlich, dass aus Potsdam immer eine Signalwirkung auf das ganze Land Brandenburg ausgeht.

Abschließend verweist sie auf den Brief der Personalräte von Fröbel und AWO zum Personalschlüssel, der an einige Stadtverordnete gegangen ist.

Herr Tölke weist darauf hin, dass es wichtig ist, dass sich alle an einen Tisch setzen und ins Gespräch kommen.

Herr Otto weist darauf hin, dass es Ziel ist, in den Kitas qualitativ gute Arbeit geleistet wird. Die Resolution ist aus seiner Sicht enorm wichtig. Die Resolution soll durch eine Pressemitteilung unterstützt werden.

Herr Kolesnyk erklärt, dass eine Pressemitteilung dazu bereits erstellt und mit der Stadt abgestimmt ist. Diese wird morgen über die Pressestelle der LHP herausgegeben.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es zu der Resolution noch eine Menge zu sagen gibt. Wichtig ist, dass hinter einer Resolution fachlich solide Substanz steckt. Dies könnte in einem Pressegespräch gut dargestellt werden. Sie bittet zu überlegen, ob ein Pressegespräch geführt werden soll.

Herr Kolesnyk greift den Vorschlag auf und wird dies mit der Pressestelle der LHP besprechen. Er dankt Frau Frenkler und der AG Kita für die geleistete Arbeit und bittet um Abstimmung über die Resolution.

Die Jugendhilfeausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Resolution aus.

zu 7 Vorstellung der Erhebung "Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf an Potsdamer Kitas"

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) verweist eingangs auf die Ausgangssituation und stellt dann anhand einer Powerpoint-Präsentation Entwicklung der Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund vor und gibt Erläuterungen.

Frau Figiel (FB Kinder, Jugend und Familie) verweist auf die kompensatorische Sprachförderung, die seit 2009/10 pflichtig ist. Sie macht deutlich, dass die Sprachfeststellung für kompensatorische Sprachförderung im Kita-Gesetz festgeschrieben ist. Anschließend stellt sie das Verfahren vor und erklärt, dass bei festgestelltem Förderbedarf auch eine Förderung erfolgen muss. Sie stellt die Herausforderungen und Nachteile der Sprachförderung vor und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend stellt sie die Maßnahmen des Bundes und des Landes vor. Sie betont, dass die Sprachbildung bereits im Kleinkindalter befördert werden muss. Abschließend stellt sie die Initiativen der Landeshauptstadt Potsdam vor.

Herr Otto ergänzt, dass eine Evaluierung am Ende des ersten Schuljahres durchgeführt und dabei festgestellt wurde, dass die geförderten Kinder schlechter abgeschlossen haben, als die nicht geförderten Kinder. Er hält es für sehr wichtig, dass die alltagsintegrierte Förderung umgesetzt wird, um einer Stigmatisierung vorzugreifen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass Kinder am besten im Alltag lernen. Sie verweist auf die quantitativen Aussagen für die Schwerpunkt-Kitas und fragt, ob perspektivisch angedacht ist, die Sprachförderung bei der Bemessung des Personalschlüssels zu beachten. Aus ihrer Sicht muss sich dies bei der Bemessung des Personalschlüssels widerspiegeln und zu einer selbstverständlichen Größe entwickeln.

Frau Figiel erklärt, dass das so vom Land nicht angedacht ist. Für die Durchführung der Meilensteine wird dies aufgrund der erforderlichen Dokumentationen erforderlich.

Herr Otto weist auf die finanzielle Förderung von Seiten des Jugendamtes für Flüchtlingskinder in Kitas. Diese müsste länger als für ein Jahr erfolgen. Schwerpunkt-Kitas mit erhöhtem Bedarf müssten zudem anders ausgestattet werden.

Herr Liebe weist darauf hin, dass nur Erzieherinnen den Kindern die Sprache beibringen können, die selbst gut sprechen und kommunizieren können.

Frau Figiel betont, dass die 240,00 EUR die derzeit monatlich für die Flüchtlingskinder und Kindertagesstätten gezahlt werden, nicht nur für die Sprachförderung sind.

Sie macht deutlich, dass es bisher in Potsdam gut gelungen ist, zumindest für die kleineren Kinder auch die Spielgruppe zu nutzen und die Mütter zu gewinnen, neugierig auf die deutsche Sprache zu sein. Hier wird geprüft, ob dies auch für ältere Kinder ausgeweitet werden kann. Sie weist auch darauf hin, dass alle vier Sprachberater Video coaching-Ausbildungen haben.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte

Vorlage: 16/SVV/0218

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Beck macht deutlich, dass es um ein einheitliches Gewaltschutzkonzept für die LHP geht, das für alle Einrichtungen erstellt werden soll und begründet dies.

Herr Tölke weist darauf hin, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie das Rahmenkonzept Kinderschutzkonzept vorgelegt hat. Mit allen Trägern von Gemeinschaftsunterkünften wurden Vereinbarungen geschlossen. Somit ist der Teil des Antrages umgesetzt. Herr Tölke weist darauf hin, dass die Federführung für den Antrag im Fachbereich Soziales und Gesundheit und somit beim Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion liegt. Der GSI-Ausschuss hat den Antrag erneut zurückgestellt.

Frau Dr. Müller stimmt zu, dass für den Kinderschutz die Bedingungen gegeben sind. Sie weist darauf hin, dass es neben der AWO und dem IB auch andere Träger von Einrichtungen gibt, die nicht die Erfahrungen im Kinder- und Gewaltschutz haben. Ihr ist nicht bekannt, welche Frühwarnsysteme es in den Einrichtungen gibt. Sie verweist auch auf die unterschiedlichen baulichen Bedingungen.

Sie bittet darüber nachzudenken, ob es nicht auch im Bereich des Jugendhilfeausschusses noch Handlungsbedarf gibt, um eine einheitliche Handhabung zu erreichen. Ihr geht es nicht um die Erarbeitung eines Konzeptes sondern um das Handeln nach einheitlichen Standards.

Frau Beck weist darauf hin, dass es darum geht, Qualitätsstandards zu entwickeln. Sie weist darauf hin, dass eine Gemeinschaftsunterkunft eine besondere Situation des Zusammenlebens bedeutet.

Herr Liebe betont, dass der Vertrag zukünftig um einen Bestandteil ergänzt werden soll, der konkret benennt, wie die Menschen sicher in Gemeinschaftseinrichtungen leben können.

Er erklärt seine Bereitschaft in einer Arbeitsgruppe mitzuarbeiten, die sich dem Thema annimmt.

Herr Liebe bestätigt, dass aus Jugendhilfesicht eine gute Vorlage gegeben wurde.

Herr Kolesnyk verliest den vorliegenden Antrag, da die Ausreichung bereits in der vorletzten Sitzung erfolgte und nicht alle den Text vor sich liegen haben.

Herr Tölke weist darauf hin, dass der Antrag im GSI-Ausschuss und im Fachbereich Soziales und Gesundheit gut aufgehoben ist. Er macht deutlich, dass das Jugendamt auch bereits ist, mit daran zu arbeiten.

Herr Wollenberg empfiehlt dem Antragsteller, die Formulierung etwas zu ändern, da aus seiner Sicht die Arbeit der Arbeitsgruppe in dieser Zusammenstellung schwierig wird.

Es sollte bei Formulierung von Standards auch überlegt werden, wie diese umgesetzt werden können.

Herr Karl fragt, ob es möglich ist, auf die Empfehlung des GSI-Ausschusses zu warten.

Herr Otto macht darauf aufmerksam, dass das Land hier auch in der Verantwortung ist, die Rahmenbedingungen für die Standards zu setzen. Er befürchtet, dass hier etwas gewünscht wird, was nicht umsetzbar ist.

Herr Kolesnyk schlägt vor, die Drucksache nicht zurückzustellen, sondern heute abschließend zu behandeln.

Frau Beck bittet darum, dass sich der Jugendhilfeausschuss positioniert, um für diese spezielle Zielgruppe mehr erreichen zu können. Sie betont, dass mit dem Kinderschutzkonzept nicht alles getan ist, die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen vor Gewalt zu schützen.

Herr Harder regt an, ggf. 2 bis 3 Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu entsenden, wenn die Arbeitsgruppe eingerichtet wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den ersten Satz wie folgt zu ergänzen:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept zu erarbeiten, das verbindliche Standards für die Gewaltprävention **speziell** in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.“*

Herr Ströber schließt sich dem Vorschlag von Herrn Harder an. Es sollte überlegt werden, ob 2 bis 3 Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zur Erarbeitung eines Anti-Gewaltkonzeptes entsendet werden können.

Herr Tölke verweist auf bereits bestehenden Meldekettensystemen und die mit der Polizei abgestimmten Wachschutzkonzepte.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es sich hierbei um Krisenmanagement handelt. Es gibt hier eine ganz spezifische Situation. Sie plädiert für eine

Abstimmung über den Antrag.

Herr Ströber bittet, wenn eine Zustimmung zur Erarbeitung des Konzeptes erfolgen sollte, die Bereitschaftserklärung des Jugendhilfeausschusses zur Mitwirkung an der Erarbeitung entsprechend weiterzuleiten.

Frau Spyra sichert zu, dies an den GSI-Ausschuss und an den Fachbereich Soziales und Gesundheit weiterzuleiten.

Herr Kolesnyk stellt den Änderungsantrag von Frau Dr. Müller zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

Anschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept zu erarbeiten, das verbindliche Standards für die Gewaltprävention **speziell** in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.

Zur Mitarbeit sollen neben den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, erfahrenen Fachkräften des Kinderschutzes und den Betreiber*innen von Gemeinschaftsunterkünften auch das Autonome Frauenzentrum, Frauenverbände, Kinderschutzorganisationen, Stadtjugendring, Migrantenbeirat und Flüchtlingsorganisationen eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

**zu 8.2 Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 16/SVV/0346
Fraktion CDU/ANW**

Herr Karl bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Tölke weist darauf hin, dass der Treffpunkt Freizeit bereits als Mehrgenerationenhaus gefördert wird. Der Träger der Einrichtung hat erklärt, dass er sich auch weiterhin am Bundesprogramm Mehrfamilienhaus beteiligen möchte. Die Willenserklärung zur Absicht der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung ist bereits erfolgt. Die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung wird erarbeitet.

Die Ausschussmitglieder stellen einstimmig fest, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 9 Sonstiges

Herr Otto verweist auf das 1. Potsdamer Klubfestival am 28.05.2016 auf dem Bassinplatz und hebt positiv hervor, dass sich die Jugendklubs getroffen und einen Einblick in ihre Arbeit gegeben haben.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 14. Juli 2016, 16:30 Uhr

**David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**